



Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
Prof. Dr. Annette Grinôt


Handout Teil 2_1
Konstitutive Entscheidungen (1)



DHBW - Duale Hochschule Baden-Württemberg
Schloss 2, 97980 Bad Mergentheim, Tel.: +49 7931 530-600

MOS
HN
MGH

1



2 Konstitutive Entscheidungen

2.1 Begriff und Gegenstand

2.2 Wahl der Rechtsform

2.3 Unternehmensverbindungen

2.4 Standort

DHBW Mosbach // ABWL// Prof. Dr. Annette Grinôt

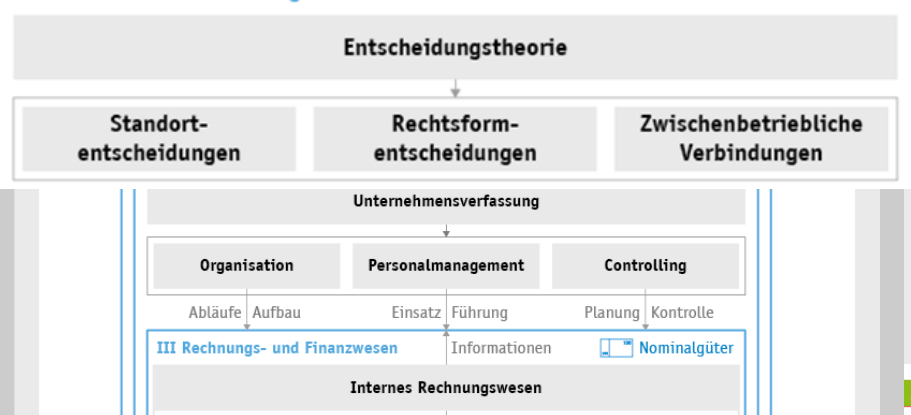
2

2

2 Konstitutive Entscheidungen

Das 4-Ebenen-Modell der BWL

I Konstitutive Entscheidungen



3

2.1 Begriff und Gegenstand

„Als konstitutive Entscheidung bezeichnet man Führungsentscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung sind und die einmalig oder sehr selten zu treffen sind.“ (Wöhe/Döring, 2010, S.218).

Konstitutive Entscheidungen sind langfristige Entscheidungen, die ein Unternehmen trifft. Zu berücksichtigen ist daher deren Auswirkung auf alle folgenden Entscheidungen. Hierbei wird unterschieden in:

- strategische Entscheidungen (langfristig: > 4 bzw. 5 Jahre)
- taktische Entscheidungen (mittelfristig: 1 - 4 bzw. 5 Jahre)
- operative Entscheidungen (kurzfristig: bis zu 1 Jahre)

4

2.1 Begriff und Gegenstand



Gegenstände der konstitutiven Entscheidungen sind:

- Rechtsform
- Unternehmensverbindungen
- Standort

Anlässe für konstitutive Entscheidungen

- Existenzgründung: Neugründung von Unternehmen
- Tochtergründung: Ausgründung von Betriebsteilen bzw. Gründung von Betrieben im In- und Ausland
- Expansion und internationale Unternehmenstätigkeit
- Management by out
-



2 Konstitutive Entscheidungen



2.1 Begriff und Gegenstand

2.2 Wahl der Rechtsform

- 2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl
- 2.2.2 Überblick Rechtsform
- 2.2.3 Einzelunternehmen
- 2.2.4 Personengesellschaft
- 2.2.5 Kapitalgesellschaft
- 2.2.6 Genossenschaft
- 2.2.7 Wechsel der Rechtsform

2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl



Definition Rechtsform

Gegenstand der Wahl der **Rechtsform** ist die Regelung der Rechtsbeziehungen zwischen den Gesellschaftern (Innenverhältnis) und der Rechtsbeziehungen zwischen dem Unternehmen und den anspruchsberechtigten Stakeholdern (Außenverhältnis).

Die Grundlage bildet das Gesellschaftsrecht, das nicht in einem einheitlichen Gesetzbuch geregelt ist, sondern aus mehreren Gesetzen besteht. Dazu zählen das BGB, AktG, GmbHG, GenG, HGB.

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, München 2013, S. 210.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

7

7

2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl



Ziel: Langfristige Gewinnmaximierung nach Steuern



DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

8

8

2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl



Definition Haftung

Der Grundsatz unbeschränkter **Haftung** besagt, dass jede Person für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen haftet.



Begrenzung der Haftung: Gründung einer juristischen Person



01.02.12 INSOLVENTE DROGERIEKETTE

Zwei Buchstaben, die Schlecker ruinierten

"Eingetragener Kaufmann", kurz e.K. - das war die Rechtsform von Anton Schleckers Drogerieimperium. Vorteil: e.K. macht Geheimniskrämerei möglich. Nachteil: e.K. bedeutet unter Umständen ein hohes Risiko. Denn wer als "eingetragener Kaufmann" firmiert, haftet mit seinem kompletten Vermögen - und nicht nur mit den Firmenwerten.

Anton Schlecker, einst als Milliardär gehandelt, hat sein Lebenswerk abgewirtschaftet - die Drogeriekette ist pleite. Der schwäbische Geschäftsmann fuhr sein Riesenreich in einer Branche voll Konkurrenzdruck und Argwohn gegen die Wand. Dabei verkehrte sich für ihn am Ende ein einstiger Vorteil ins Gegenteil: Die Rechtsform seines Unternehmens, der eingetragene Kaufmann (kurz: e.K.).

Eine Rechtsform regelt die juristischen Rahmenbedingungen einer Firma. Eine an der Börse gehandelte Aktiengesellschaft, eine AG, muss beispielsweise ganz andere Vorgaben erfüllen als ein selbstständiger Handwerksmeister. Die Unterschiede der Rechtsformen liegen etwa in Fragen der Haftung, im Ablauf der Unternehmensführung oder bei den Pflichten für das Erstellen öffentlich einsehbarer Bilanzen.

2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl



Definition juristische Personen

Juristische Personen sind von der Rechtsordnung geschaffene Gebilde mit eigener Rechtspersönlichkeit.

- z. B. AG, GmbH, Genossenschaft
- haften unbeschränkt mit (ihrem) Gesamtvermögen
- Abgrenzung zur natürlichen Person

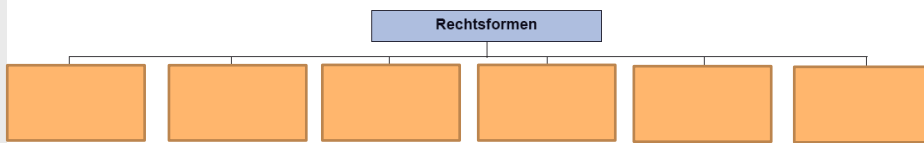
2.2.1 Ziele und Auswahlkriterien der Rechtsformwahl



Beschränkte und unbeschränkte Haftung

Haftung für Verbindlichkeiten	
unbeschränkt	beschränkt
Als Schuldner haften <ul style="list-style-type: none"> • natürliche Personen • juristische Personen mit ihrem Gesamtvermögen.	Als Gesellschafter einer juristischen Person haften Eigenkapitalgeber nur bis zur Höhe ihrer festgeschriebenen Eigenkapitaleinlage.

2.2.2 Überblick Rechtsformen



Einzelunternehmen	Einzelunternehmen gehören einer Person, meist dem, Gründer, der unbeschränkt leitet und haftet.
Personengesellschaften	Personengesellschaften haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter leiten und haften meist unbeschränkt.
Kapitalgesellschaften	Kapitalgesellschaften haben eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter haften beschränkt, Eigentum und Leitung normalerweise getrennt. (Organe (z.B. Vorstand, Aufsichtsrat, Hauptversammlung) handeln für die juristische Person, für die Gesellschaft. Gesellschaftsanteile können verkauft oder vererbt werden.

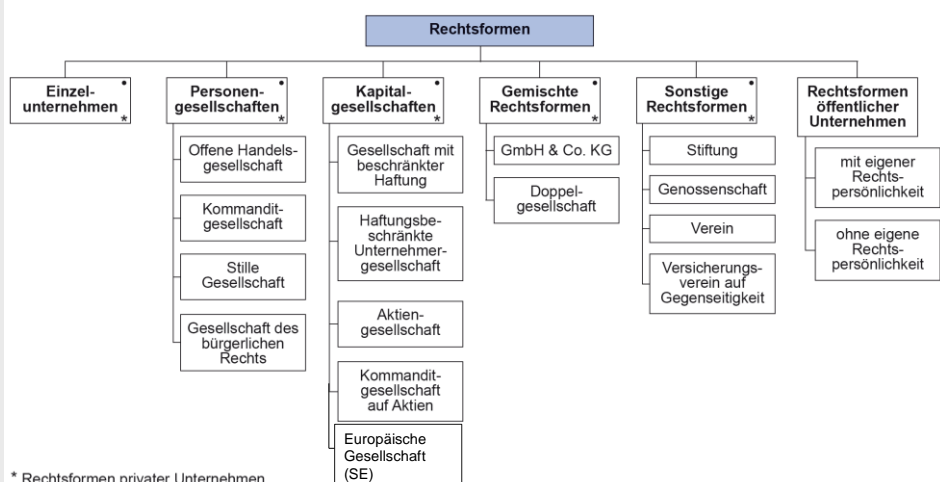
DHBW Mosbach // ABWL// Prof. Dr. Annette Grinöt

* Rechtsformen privater Unternehmen

13

13

2.2.2 Überblick Rechtsformen



* Rechtsformen privater Unternehmen

© NWB Verlag & Co. KG, Herne | Kiehl ist eine Marke des NWB Verlags | Offert/Rahn, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 11. Aufl., 2013

DHBW Mosbach // ABWL// Prof. Dr. Annette Grinöt

14

14

2.2.2 Überblick Rechtsformen

Steuerpflichtige Unternehmen und deren Umsatz 2013 nach der Rechtsform



Rechtsformen	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl	in Mio. EUR	Anteil am Gesamtumsatz
Einzelunternehmen	2.198.392	67,8 %	561.691	9,7 %
Gesellschaften des bürgerlichen Rechts	204.504	6,3 %	81.722	1,4 %
Offene Handelsgesellschaften einschl. GmbH & Co. OHG und AG & Co. OHG	16.556	0,5 %	81.805	1,4 %
Kommanditgesellschaften einschl. GmbH & Co. KG und AG & Co. KG	153.034	4,7 %	1.302.061	22,6 %
Aktiengesellschaften, Europäische Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	8.012	0,3 %	1.019.166	17,7 %
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	518.427	16,0 %	2.212.977	38,4 %
Unternehmergesellschaften	17.542	0,5 %	2.923	0,1 %
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	5.573	0,2 %	67.180	1,2 %
Unternehmen gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	6.339	0,2 %	39.793	0,7 %
Sonstige Rechtsformen	115.159	3,5 %	396.249	6,8 %
Insgesamt	3.243.538	100,0 %	5.765.567	100,0 %

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 26. Auflage, München 2016, S. 210.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinot

15

15

2.2.2 Überblick Rechtsformen



Rechtsform	Einzelunternehmen (Eu)	OHG	KG	Stille Gesellschaft	AG	GmbH	Genossenschaft
Rechtsgrundlage	§§ 1–104a HGB	§§ 105–160 HGB	§§ 161–177a HGB	§§ 230–236 HGB	AktG	GmbHG	GenG
Leitungsrechte	Eigentümer	alle oder ein(-zelne) Gesellschafter (§ 114)	Komplementär(e) (§ 164)	stiller G. üblicherweise ausgeschlossen (§ 230 Abs. 2)	Vorstand (§ 76 Abs. 1)	Geschäftsführer; Weisungsrecht der Gesellschafterversammlung (§ 45)	Vorstand; satzungsmäßige Beschränkung möglich (§ 27)
Kontrollrechte	Eigentümer	alle Gesellschafter (§ 118)	volle K.-rechte für Komplementäre; beschränkte für Kommanditisten (§ 166)	volle Kontrollrechte für Inhaber; beschränkte für stillen G. (§ 233)	volle Kontrollrechte für AR (§ 111); beschränkte Informationsrechte für HV (§ 51a)	volle Kontrollrechte für Gesellschafterversammlung (§ 51a)	volle Kontrollrechte für AR beschränkte für Generalversammlung (§ 19)
Haftung	uneingeschränkt (mit Betriebs- und Privatvermögen)	uneingeschränkt für alle Gesellschafter als Gesamtschuldner (§ 128)	uneingeschränkt für Komplementäre; eingeschränkt für Kommanditisten	uneingeschränkt für Inhaber; stiller G. wird Insolvenzgläubiger (§ 236)	uneingeschränkt für Gesellschaft; eingeschränkt für Aktionäre (§ 1)	uneingeschränkt für Gesellschaft; eingeschränkt für Gesellschafter	uneingeschränkt für Genossenschaft; eingeschränkt für Mitglieder; ggf. Nachschusspflicht
Mindesteigenkapital	keine Vorschrift	keine Vorschrift	keine Vorschrift	keine Vorschrift	EUR 50.000.– (§ 7)	EUR 25.000.– (§ 5)	keine Vorschrift
Gewinn- und Verlustverteilung	Eigentümer	nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach § 121	nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach § 168	stiller G. muss am Gewinn, kann am Verlust beteiligt werden (§ 231)	gleichmäßig auf Stammaktien; Sonderregelung für Vorzugsaktien (§ 60)	nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach Stammkapitalanteilen (§ 29)	nach Satzung; sonst nach Geschäftsguthaben (§ 19)
Entnahmebeschränkung	keine	nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach § 122	nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach § 169	Gewinnanteil ggf. gekürzt um Verlustvortrag (§ 232)	Gewinnthesaurierung durch Vorstand zulässig (§ 58 Abs. 2)	nach Gesellschaftsvertrag möglich (§ 29)	nach Satzung möglich (§ 19)
Finanzierungsmöglichkeiten ¹	EF beschränkt durch Vermögen des Inhabers; FF beschränkt durch Kreditwürdigkeit des Inhabers	bessere Finanzierungsmöglichkeit als Eu, da mehrere Voll-ditwürdigkeit des Inhabers	bessere Finanzierungsmöglichkeit als Eu und OHG, weil Teilhafter (Kommanditisten) zusätzliches Kapital einbringen	besser als Eu, da stiller G. zusätzliches Kapital einbringt	Hervorragend: <ul style="list-style-type: none">• kleine EK-Anteile• Handel an Börse• Kapitalmarktzugang für FF	EF-Vorteil: Haftungsbeschränkung für Gesellschafter; FF-Nachteil: Gläubiger verlangen zusätzliche Sicherheit	EF-Vorteil: kleine Stückelung; EF-Nachteil: schwankende EK-Basis durch Austrittsrecht; FF kann durch Nachschusspflicht gestärkt werden
Publizität und Prüfung	nicht erforderlich; Ausnahme Großunternehmen (PubG)	wie Eu	wie Eu	wie Eu	zwingend	zwingend	zwingend
Unternehmerische Mitbestimmung für Arbeitnehmer	keine	keine	keine	keine	Drittelparität, wenn mehr als 500, aber weniger als 2.001 Beschäftigte Vollparität für Montanbetriebe ab 1.001 Beschäftigten ²		

¹ EF: Eigenfinanzierung; FF: Fremdfinanzierung; ² Die Montanmitbestimmung gilt nicht für Genossenschaften.

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 27. Aufl., München 2020, S. 211.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinot

16

16

2.2.3 Einzelunternehmen



Eigenschaften des Einzelunternehmens

- Firma
- Leitung und Kontrolle: „Alleinherrscher“
- Haftung des Unternehmers für Verbindlichkeiten des Unternehmens:
 - ⇒ persönlich
 - ⇒ unmittelbar
 - ⇒ mit seinem gesamten Vermögen (Betriebs- und Privatvermögen)
- Finanzierung gewöhnlich per Privateinlage bzw. Bankdarlehen
- keine Prüfung und Publikation des JA

Einzelunternehmen	
Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> • hohe Unabhängigkeit des Inhabers • geringe Formvorschriften • geeignet für Kleinbetriebe 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierungsrestriktionen • unbeschränkte Haftung • häufig Probleme bei Nachfolgeregelung

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, München 2013, S. 216f.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

17

17

2.2.4 Personengesellschaft



Definition Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die **Gesellschaft bürgerlichen Rechts** (GbR, auch BGB-Gesellschaft) ist eine auf Vertrag beruhende Personenvereinigung zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels.

Eigenschaften der GbR

- Rechtsgrundlage: §§ 705 ff. BGB
- Personengesellschaft, deren wirtschaftliche Tätigkeit keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert
- Gesellschaftsvermögen ist Gesamthand Eigentum
- Leitung gemeinsam durch alle Gesellschafter
- Haftung der Gesellschafter als Gesamtschuldner
- Finanzierung gewöhnlich per Privateinlage bzw. Bankdarlehen
- keine Erstellung, Prüfung und Publikation des JA

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

18

18

2.2.4 Personengesellschaft



Definition offene Handelsgesellschaft

Die **offene Handelsgesellschaft** (OHG) ist eine Personengesellschaft, die ein Handelsgewerbe betreibt und bei der alle Gesellschafter unbeschränkt für die Gesellschaftsverbindlichkeiten haften.

Eigenschaften der OHG

- Rechtsgrundlage: §§ 105 ff. HGB
- Personengesellschaft, deren wirtschaftliche Tätigkeit einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert
- Gesellschaftsvermögen ist Gesamthandseigentum
- Leitung und Kontrolle erfolgt grundsätzlich durch alle Gesellschafter
- Haftung der Gesellschafter als Gesamtschuldner
- Finanzierung gewöhnlich per Privateinlage bzw. Bankdarlehen
- grundsätzlich keine Prüfung und Publikation des JA

2.2.4 Personengesellschaft



Gewinn- bzw. Verlustverteilung nach § 121 HGB

Ergebnisverteilung auf OHG-Gesellschafter	
Gewinn	
•	<i>Erste Verteilungsrunde:</i> Verteilung nach Kapitalanteilen der Gesellschafter bis max. 4 Prozent des Kapitalanteils
•	<i>Zweite Verteilungsrunde:</i> Übersteigender Betrag nach Köpfen
Verlust	
	Verlustverteilung nach Köpfen

2.2.4 Personengesellschaft



Aufgabe Gewinnverteilung der OHG

An einer OHG sind die Gesellschafter A, B, und C mit Kapitalanteilen von 50.000 €, 150.000 € und 800.000 € beteiligt. Der Gewinn des Jahres beläuft sich auf 490.000 €.

- a) Welchen Anteil am Gewinn erhält jeder Gesellschafter, wenn der Gesellschaftsvertrag keine Bestimmungen über die Gewinnverteilung erhält.
- b) Unter welcher Voraussetzung halten Sie diese Gewinnverteilung für angemessen?

Wöhe, Übungsbuch 2010, S. 72.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

21

21

2.2.4 Personengesellschaft



Eigenschaften der KG

- KG = Kommanditgesellschaft
- Rechtsgrundlage: §§ 161 ff. HGB
- „quasi“ eine OHG mit zusätzlicher Gesellschafterform: dem Kommanditisten
- Zweiteilung des Gesellschafterkreises:
 - ⇒ Komplementäre (vergleichbar mit OHG-Gesellschafter)
 - ⇒ Kommanditisten
- Finanzierungsvorteil: zusätzliche Finanzierung über Kommanditanteile

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

22

22

2.2.4 Personengesellschaft



Wichtige Rechte und Pflichten der Kommanditgesellschaft

Gesellschafter der KG		
Typ	Komplementär	Kommanditist
Haftung	unbeschränkt mit gesamtem Vermögen	beschränkt auf die Kapitaleinlage (§ 171 HGB)
Kontrollrecht	ja (voll)	ja (beschränkt)
Leitungsrecht	ja	nein
GuV-Verteilung	üblicherweise nach Gesellschaftsvertrag; sonst nach § 168 HGB	
Entnahmeregelung	Beschränkung durch Vertrag möglich, nicht zwingend	Beschränkung auf zugewie- senen Gewinn (§ 169 HGB)

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 27. Auflage, München 2020, S. 215.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

23

23

2.2.4 Personengesellschaft



Definition stille Gesellschaft

Bei der **stillen Gesellschaft** beteiligt sich ein Kapitalgeber (stiller Gesellschafter) am Handelsgewerbe eines Geschäftsinhabers in der Weise, dass seine Kapitaleinlage in das Vermögen des Geschäftsinhabers übergeht.

Eigenschaften der stillen Gesellschaft

- Beteiligung „stiller“ Gesellschafter für Außenstehende nicht erkennbar
- Rechtsgrundlage: §§ 230 ff. HGB
- große Freiräume zur Rechtsgestaltung
- „stille“ Gesellschafter regelmäßig von Geschäftsführung ausgeschlossen
- keine Haftung der „stillen“ Gesellschafter (Insolvenzgläubiger hinsichtlich ihrer Einlage)
- Einlage des stillen Gesellschafters führt zur Erweiterung der Kapitalbasis

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

24

24

2.2.5 Kapitalgesellschaft



Definition Kapitalgesellschaften

Kapitalgesellschaften sind körperschaftliche Gebilde mit eigener Rechtspersönlichkeit (juristische Personen). Für die Unternehmensverbindlichkeiten haftet die Gesellschaft (nicht die Gesellschafter) mit ihrem gesamten Vermögen.

2.2.5 Kapitalgesellschaft (1) Aktiengesellschaft



Definitionen Aktiengesellschaft und Grundkapital

Eine **Aktiengesellschaft** (AG) ist eine Kapitalgesellschaft, an der sich Eigenkapitalgeber (Aktionäre) durch den Erwerb von Aktien beteiligen, die ihre Mitgliedschaftsrechte in Form eines handelbaren Wertpapiers beinhalten.

Als **Grundkapital** bezeichnet man den von Aktionären bei der Gründung mindestens aufzubringenden Eigenkapitalbetrag.

2.2.5 Kapitalgesellschaft

(1) Aktiengesellschaft



Eigenschaften der Aktiengesellschaft

- z. B. Gesellschaften im DAX (Publikumsgesellschaften)
- Finanzierungsaspekt: EK durch Aktienemission
- Gesellschaftsvertrag: Satzung
- Rechtsgrundlage: AktG
- Mindestgrundkapital 50.000 Euro
- Organe: Vorstand, Aufsichtsrat (AR) und Hauptversammlung (HV)
- Leitungs- und Kontrollbefugnisse auf diese Organe verteilt
- Gläubigerschutz: Mindestkapital und Ausschüttungssperre
- Mitbestimmung (Drittelparität, Unterparität bzw. volle Parität)

DHBW Mosbach // ABWL// Prof. Dr. Annette Grinöt

27

27

2.2.5 Kapitalgesellschaft

(1) Aktiengesellschaft



Kompetenzen von Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung

Organe der Aktiengesellschaft
Vorstand (§§ 76–94 AktG)
<ul style="list-style-type: none"> • Leitet (nach innen) und vertritt (nach außen) die Gesellschaft in eigener Verantwortung • Ist nicht an Weisungen des AR oder der HV gebunden • Verantwortet die Aufstellung des Jahresabschlusses • Besteht meist aus mehreren Personen (gemeinsame Leitung) • Arbeitsdirektor ist Vorstandsmitglied in Montanbetrieben • Bestellung durch den AR für maximal 5 Jahre; Wiederwahl möglich • Weitgehende Berichtspflichten (§ 90 AktG) gegenüber AR
Aufsichtsrat (§§ 95–116 AktG)
<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung des Vorstands • Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern • Besteht aus 3 bis 21 Mitgliedern • Bestellung der AR-Mitglieder durch HV für maximal 4 Jahre • Belegschaft bestimmt Arbeitnehmervertreter im AR in mitbestimmten Unternehmen
Hauptversammlung (§§ 118–149 AktG)
<ul style="list-style-type: none"> • Versammlung der Aktionäre • Eine Stimme pro Aktie¹ • Wichtige Rechte der HV (§ 119 AktG) <ul style="list-style-type: none"> ◦ Bestellung AR-Mitglieder (jenseits Mitbestimmung) ◦ Verwendung des Bilanzgewinns ◦ Bestellung von Abschlussprüfern bzw. Sonderprüfern ◦ Satzungsänderung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung ◦ Auflösung der Gesellschaft

Quelle: Wöhe/Döring/Brösel, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 27. Aufl., München 2020, S. 218

DHBW Mosbach // ABWL// Prof. Dr. Annette Grinöt

28

28

2.2.5 Kapitalgesellschaft



Unterschiede zwischen deutscher AG und Europäischer Gesellschaft

Regelungsbereich	Deutsche Aktiengesellschaft	Europäische Gesellschaft
Mindestgrundkapital	50.000 EUR	120.000 EUR
Leitungs- und Kontrollfunktion	Vorstand; Aufsichtsrat	Vorstand; Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat (board)
Mitbestimmung	Weitreichende Mitbestimmung nach deutschem Recht	Verhandlungslösung; ersatzweise weitestgehende Mitbestimmung

Quelle: Wöhe/Döring/Brösel, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 27. Aufl., München 2020, S. 221
DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

29

29

2.2.5 Kapitalgesellschaft (2) Gesellschaft mit beschränkter Haftung



Definition

Die **Gesellschaft mit beschränkter Haftung** (GmbH) ist eine Rechtsform für kleine und mittlere Betriebe, deren Eigenkapitalgeber ihre Haftung auf die Kapitaleinlage beschränken wollen.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

30

30

2.2.5 Kapitalgesellschaft

(2) Gesellschaft mit beschränkter Haftung



Eigenschaften der GmbH

- juristische Person
- Rechtsgrundlage: GmbHG
- Stammkapital mind. 25.000 Euro
- Organe: Geschäftsführer (Leitung) und Gesellschafterversammlung (Kontrolle)
- Gewinn- und Verlustverteilung nach Anteilen am Stammkapital (abweichende individuelle Regelungen möglich)
- Gläubigerschutz: Mindestkapital und Ausschüttungssperre
- Prüfung, Offenlegung und Mitbestimmung wie AG

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

31

31

2.2.5 Kapitalgesellschaft

(3) Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)



Definition

Die [Unternehmergeellschaft \(haftungsbeschränkt\)](#) ist eine Mini-GmbH, deren Mindeststammkapital nach § 5a GmbHG nur einen Euro betragen muss.

Besondere Merkmale der Mini-GmbH

Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)	
(1) Ziel	Erleichterte Existenzgründung
(2) Stammkapital	1 EUR < Stammkapital < 25.000 EUR
(3) Nachteil	Erschwerte Fremdfinanzierung
(4) Kompensation	Bildung einer gesetzlichen Rücklage aus laufenden Gewinnen

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, München 2013, S. 229.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

32

32

2.2.6 Genossenschaft



Definition

Eine **Genossenschaft** ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt (§ 1 GenG).

2.2.6 Genossenschaft



Eigenschaften der Genossenschaft

- wirtschaftlicher Verein (nicht geschlossene Zahl von Mitgliedern)
- Rechtsgrundlage: GenG
- Arten: Produktions-, Kredit- und Baugenossenschaft
- Geschäftsanteile und Geschäftsguthaben
- EK unterliegt mitgliederzahlabhängigen Schwankungen (Finanzierungsprobleme)
- beschränkte bzw. unbeschränkte Nachschusspflicht
- Organe: Vorstand (Leitung), AR (Kontrolle) und Generalversammlung

2.2.7 Wechsel der Rechtsform Ziele und Möglichkeiten der Umwandlung



Anlässe zum Wechsel der Rechtsform

Wechsel der Rechtsform	
Interne Gründe	Externe Gründe
<ul style="list-style-type: none"> • Ausscheiden bisheriger Gesellschafter • Erweiterter Eigentümerkreis (Erbfall) • Wunsch nach Haftungsbegrenzung • Erweiterung der Kapitalbasis durch Aufnahme neuer Gesellschafter 	Gesetzesänderungen <ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftsrecht • Arbeitsrecht • Mitbestimmung • Steuerrecht usw.

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, München 2013, S. 240.

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

35

35

2.2.7 Wechsel der Rechtsform Ziele und Möglichkeiten der Umwandlung



Möglichkeiten des Rechtsformwechsels

Umgründung	Umwandlung
Formelle Liquidation des bisherigen Unternehmens in der bisherigen Rechtsform und Einzelübertragung von Vermögensgegenständen und Schulden auf Unternehmen mit neuer Rechtsform	Formwechsel in eine andere Rechtsform im Wege der Gesamtrechtsnachfolge (ohne Liquidation)

Quelle: Wöhe/Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, München 2013, S. 240.

Wichtige Regelungsinhalte eines Umwandlungsbeschlusses

- neue Rechtsform und Firmenbezeichnung
- neues Beteiligungsverhältnis der bisherigen Anteilsinhaber
- Abfindungsangebot für ausscheidende Anteilsinhaber
- Folgen für AN und ihre Vertretungen

DHBW Mosbach // ABWL // Prof. Dr. Annette Grinöt

36

36